V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédite par l'éditeur"

1. Jahrgang - Nr. 27 - Preis 25 Groschen

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ

Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R.: vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Österreichisches Postsparkassen-Kto. B-11.035, Tschechoslowakisches Postsparkassen-Konto 501.540, Polnisches Postsparkassen-Konto Dr. Aron Goldin 77.765

Wien, Freitag, den 10. November 1933
ווינה, יום ו׳, כ״א מרחשון תרצ״ד

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 - Telephon Nr. A-17-5-40

Lage in Palästina ruhig

Jerusalem, 5. November. Auch der letzte Freitag, Wochenfeiertag der Moslems, ist in ganz Palästina ruhig verlaufen. Allgemein wird angenommen, daß die Unruhewelle verebbt ist und daß das Leben überall in seinen normalen Bahnen geht. Das „Sechsuhrabend-Läuten" (Verkehrssperre) wurde nach Jerusalem nunmehr auch in Haifa aufgehoben. An dem Freitag-Mittag-Gebet in der Omar-Moschee zu Jerusalem nahmen Massen Araber aus den umliegenden Dörfern teil, aber nur ein kleiner Teil der Moschee-Besucher versuchte, eine Kundgebung zu veranstalten; sie wurden von der Polizei rasch und ohne Mühe vertrieben. Ungeachtet der Streikbeendigungsparole der arabischen Exekutive dauert im Jaffaer Hafen der Streik zum Teil noch an, sodaß sieben Frachtschiffe nicht ausgeladen werden können.

Die Zahl der Opfer während der ganzen Unruhewoche hat sich nach genauer Prüfung als bedeutend geringer erwiesen, als anfänglich sogar von den Behörden angenommen wurde. Im ganzen wurden während der Unruhe-Woche 5 Araber, unter ihnen 1 Polizist, getötet, 25 Araber wurden schwer verletzt ins Hospital gebracht, 127 Araber erlitten leichtere Verletzungen. Die Polizei zählt 27 verletzte engliche und arabische Polizisten.

Die offizielle Mitteilung der Palästina-Regierung, daß eine Reihe Kommunisten wegen aufrührerischer Propaganda im Zusammenhang mit den Unruhen verhaftet wurden, wirft ein eigentümliches Licht auf die Tätigkeit der arabischen Exekutive, die sich sowohl deutschen nationalsozialistischen, als auch russischen bolschewistischen Einflüssen zugänglich zeigt.

* * *

Arabischer Streik in Palästina beendet

Jerusalem, 2. November (J. T. A.) Die arabische Exekutive hat den von ihr proklamierten Generalstreik offiziell für beendet erklärt, nachdem die Streikparole in den letzten zwei Tagen ziemlich wenig beachtet wurde. Der normale Zustand ist im ganzen Lande wieder hergestellt.

In Amman und im übrigen Transjordanien herrscht entgegen europäischen Blättermeldungen vollkommene Ruhe.

Balfour-Tag ruhig verlaufen

Jerusalem. Entgegen den auf Grund der arabischen Drohungen gehegten Befürchtungen ist der 2. November, der Jahrestag der Verkündung der Balfour-Deklaration, in Palästina ruhig verlaufen. Nirgendwo im ganzen Lande ist es zu Zwischenfällen gekommen. Am frühen Morgen versuchten Beduinen aus Wadi Hawarith, nach Tulkarem zu ziehen; die sich zusammenrottende Menge wurde von einem niedrig fliegenden Aeroplan aus zerstreut.

Auch der Abend vor dem Balfour-Tag ist bis auf einen kleinen Zwischenfall in Jerusalem ruhig verlaufen. Gegen das Polizeilager auf dem Skopus-Berg wurden einige Schüsse abgegeben, die niemanden verletzten. Die Polizei glaubt, daß es sich eher um einen Mutwillensakt, als um einen ernsten Ueberfall handelt.

Nachdem die 700 jüdischen Einwanderer der „Martha Washington" ausgebootet wurden, landeten weitere 120 jüdische Einwanderer, die mit dem Dampfer „Theophile Gautier", in Haifa eingetroffen waren.

Die Genfer Presse über die Unruhen

Genf. Die Genfer Zeitungen »Journal de Geneve«, »Journal de Nation« und »Le Moment« veröffentlichen im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in Palästina Artikel, die sehr scharf gegen die arabischen Aktionen Stellung nehmen. »Journal de Geneve« weist auf den großen Nutzen der jüdischen Einwanderung für Palästina hin und äußert die Ansicht, daß die Palästina-Regierung die arabischen Rädelsführer verhaften und unschädlich machen müßte. Die großen Zeitungen weisen ferner darauf hin, daß die Palästina-Ereignisse nicht das Resultat einer spontanen Massenbewegung darstellen, sondern das künstliche Produkt der systematischen Verhetzung durch die extremen arabischen Nationalisten sind.

So soll der jüdische Massendrang gehemmt werden

Jerusalem. Das Einwanderungsdepartment der Regierung gibt bekannt, daß Personen, die mit einem Touristen- oder Transitvisum ins Land gekommen sind, ihre Visumszeit nicht überschreiten und keiner Beschäftigung nachgehen dürfen. Wer diese Verordnung überschreitet, wird bis sechs Monate Gefängnis oder 100 Pfund Geldbusse oder beide Strafen zu gewärtigen haben. Der Verbüssung der Strafe folgt Ausweisung auf Kosten des Bestraften. Ein Reisender oder Tourist darf ohne vorausgegangene Erlaubnis nicht länger als drei Monate, unter keinen Umständen aber länger als 12 Monate in Palästina bleiben. Inhaber von Transitvisen dürfen sich nicht länger als 60 Stunden im Lande aufhalten.

Eine arabische Provokation

Jerusalem. Der arabische Bürgermeister von Jerusalem Ragheb Bey Nashashibi hat in Uebereinstimmung mit dem Stadtrat, der sich aus moslemitischen und christlich-arabischen Personen zusammengesetzt — die jüdischen Stadträte haben seit ihrem Exodus im März 1930 als Protest gegen Nashashibis einseitige Stellungnahme für die Unruhestifter vom Herbst 1929 an den Sitzungen des Stadtrats nicht mehr teilgenommen — die Entlassung des Geschäftsführers des Department für Wasserbeliefering, Andrew Koch, verfügt. Koch bekleidete dieses Amt seit 15 Jahren und zeichnete sich stets durch große Pflichttreue aus. Die plötzliche Entlassung Kochs, für die kein offizieller Grund angegeben wird, hat die Jerusalemer jüdische Bevölkerung in große Erregung versetzt; man glaubt, daß Nashashibi und der ihm ergebene Stadtrat darauf ausgehen, den Verwaltungsdienst judenrein zu machen, obwohl die Juden nicht allein die große Mehrheit der Einwohnerschaft Jerusalems bilden, sondern auch die weitaus größere Hälfte der Steuern aufbringen.

Regierung kauft Boden für Araber

Wie die hebräische Tageszeitung »Haarez« erfahren haben will, hat die Palästina-Regierung 11.500 Dunam Boden, davon 3600 Dunam im Tel Shok-Distrikt, im Beisan-Tale, ferner Landflächen in Mittel- und Südpalästina, zur Ansiedlung arabischer Bauern, die behaupten, durch die jüdischen Bodenkäufe depossediert worden zu sein, käuflich erworben. In Tel Shok und in Ashrafiya geht man an die Errichtung von 100 Häusern zur Seßhaftmachung von Beduinen. Diese Aktion der Regierung liegt im Zuge des French-Landentwicklungsplans.

Politik und Hafeneröffnung

Zeremonien und Ansprachen

Die offizielle Eröffnung des Hafens von Haifa durch den englischen Kolonialminister Sir Philipp Cunliffe-Lister und den High Commissioner von Palästina Sir Arthur Wauchope fand programmgemäß am 31. Oktober statt und ist vollkommen ungestört verlaufen. Der High Commissioner hatte angeordnet, daß mit Rücksicht auf die Trauer um die Todesopfer der Unruhen das ursprünglich vorgesehene Festprogramm eingeschränkt wird. Die Sonderzüge, die große Mengen von Festgästen aus allen Teilen Palästinas nach Haifa hätten bringen sollen, sind demgemäß nicht abgegangen. Die offizielle Eröffnung des Hafens für den internationalen Verkehr vollzog sich durch das Einlaufen von zwei englischen Dampfern, an deren Bord sich der High Commissioner und eine kleine Zahl von Festgästen befanden. Kolonienminister Sir Philipp Cunliffe-Lister hielt von London aus eine durch Rundfunk nach Haifa übertragene Eröffnungsansprache. Andererseits wurde auch die Rede Sir Artur Wauchopes nach England übertragen. Es war dies

die erste Rundfunkübertragung von Palästina nach England.

Die Zeremonie ging in der folgenden Weise vor sich:

Der High Commissioner hielt die Eröffnungsansprache, worin er einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung des Hafens von Haifa warf und die besondere Technik des jetzt erbauten Hafens darlegte. Zugleich betonte der Oberkommissär, daß Haifa nicht den Handel von anderen Nachbarhäfen des östlichen Mittelmeeres abziehen wolle (womit offenkundig sowohl Beiruth als auch Jaffa gemeint sind). Die durch die Eröffnung des Hafens zu erwartende Steigerung des Handels werde neue Gebiete erschließen. Vor zwei Monaten, so sagte der Oberkommissär, habe ich erst vom Kolonialamt die Bestätigung für die Ausgabe einer relativ großen Summe für die Verbesserung des Hafens von Jaffa erhalten.

An die Zeremonien knüpfte sich dann der Austausch drahtlos-telephonischer Glückwünsche zwischen High Commissioner und dem Kolonienminister in London.

Sir Arthur Wauchope wußte in seiner an den Kolonienminister und an die englische Oeffentlichkeit gerichteten Rede nur einige Phrasen über die rasche Entwicklung Palästinas zu sagen.

Viel bedeutsamer und ein politisches Statement darstellend war die Rede Sir Philipp Cunliffe-Listers. Er sagte unter anderem:

Vier Jahre lang arbeiteten zwischen tausend und zweitausend Arbeitern, Araber und Juden, an diesem Bau; die Aufwendungen, die für ihn gemacht wurden, erfolgten zu 70 Prozent in Palästina selbst. Dies zeigt, daß Palästina schon aus den Bauarbeiten allein Nutzen gezogen hat. Den großen Wert, den dieser Hafen in Zukunft in Palästina haben wird, können wir schon jetzt erkennen. Als ich den Hafen besuchte, sah ich ein 600 Fuß langes Schiff von 25.000 Registertonnen an der Mole verankert, und ich höre, daß im Laufe der letzten Saison über eine Million Kisten Orangen in Haifa verfrachtet wurden. Wir haben alle Ursache zu hoffen, daß die Bedeutung Haifas in Zukunft sich weiter entwickeln wird. Die Herstellung der Oelleitung durch die Irak-Petroleum-Company schreitet immer weiter fort. Wenn alles gut geht, wird Ende 1935 die die Oelfelder in Mosul mit Haifa verbindende südliche Zweigleitung vollendet sein; auch die Vorbereitungen für den Bau eines Oelreservoirs, dessen Fertigstellung eine weitere Etappe in der Entwicklung des neuen Hafens darstellen wird, sind bereits ziemlich weit gediehen.

Ueber die Aussichten des Baues der Eisenbahn Haifa-Bagdad etwas zu sagen, wäre verfrüht, wenn auch bereits eine sorgfältige Vermessung der Strecke durchgeführt worden ist. Dagegen wurden bereits Maß-

nahmen zum Ausbau der Wüstenstraße für Autoverkehr ergriffen und wir dürfen hoffen, daß die Prosperität Haifas und die Bedeutung seines Hafens durch die Entwicklung des Transithandels mit dem Irak und vielleicht auch mit anderen östlichen Ländern einen weiteren Aufschwung erfahren wird.

Politische Erklärung

Der Kolonienminister wandte sich sodann politischen Fragen zu und erklärte, die heutige Feier stehe unter dem Schatten der bedauerlichen Unruhen der letzten Tage.

Ich will, sagte der Minister, ein offenes Wort an die Bevölkerung Palästinas richten. Vor dreizehn Jahren hat Großbritanien das Mandat über Palästina übernommen. Dieses Mandat schließt klare Verpflichtungen gegenüber Arabern und Juden in sich. Diese Verpflichtungen werden ohne Furcht und Gunst vollkommen und ehrlich erfüllt werden. Das Mandat enthält die Verpflichtung, die Errichtung eines Nationalheimes für das jüdische Volk in Palästina zu erleichtern, gleichzeitig aber auch die ebenso politische Verpflichtung, die Rechte aller Einwohner Palästinas zu schützen. An diesen Verpflichtungen wird genauestens festgehalten. Es wird das dauernde Ziel der britischen Politik sein, die Wohlfahrt ganz Palästinas zu fördern. Es liegen jetzt Pläne vor, an denen der High Commissioner einen großen persönlichen Anteil hat und die allen Teilen der Bevölkerung zugute kommen werden. Diese Arbeit wird weiter fortgeführt werden. Besonders wichtig ist unsere Pflicht, Gesetz und Ordnung zu schützen. Auch diese Pflicht wird aufs genaueste erfüllt werden.

Zum Schluß erklärte der Kolonienminister: Ich möchte nochmals wiederholen, daß ich allen Teilen der Polizei für ihre strenge Pflichterfüllung danke. Gesetz und Ordnung werden im ganzen Land aufrecht erhalten werden.

Leo Motzkin gestorben

Paris, 7. November. In der Nacht vom 6. auf den 7. November ist hier im 67. Lebensjahr Leo Motzkin einem Herzanfall erlegen.

*

Die Nachricht vom Ableben Leo Motzkins wird nicht verfehlen, in der ganzen jüdischen Welt tiefste Trauer hervorzurufen.

Mit Motzkin geht eine der überragendsten Figuren der zionistischen Bewegung dahin. Im Jahre 1867 im Gouvernement Kiew geboren, nahm er schon in der vorherzlschen Periode an der jüdischnationalen Bewegung teil. Zusammen mit N. Syrkin, Lurie und N. Birnbaum gründete er im Jahre 1889 in Berlin den ersten jüdisch-nationalen Studentenverein, um sich dann beim Auftreten Theodor Herzls mit Feuereifer dem politischen Zionismus zu widmen, dessen ersten Kongreß er bereits beiwohnte, ebenso wie allen folgenden. In den letzten Jahren fungierte er als Präsident der Zionistenkongresse und des Zionistischen Aktionskomitees.

Motzkin nahm auch hervorragenden Anteil an der jüdischen politischen Gegenwartsarbeit. Er war Präsident der Exekutive des »Komitee jüdischer Delegationen in Paris« und organisierte so den Kampf um die jüdischen Minderheitsrechte in den Ländern der Galuth. Auf seine Initiative hin wurde im Jahre 1920 die erste jüdische Welthilfskonferenz einberufen. Motzkin vertrat auch die Sache der Juden auf einer Anzahl internationaler Kongresse und Konferenzen, so auf den Minderheitenkongreß und den Kongressen der Völkerbundligen, wie er ja auch bei Behandlung jüdischer Fragen auf dem Forum des Völkerbundes eine rege Tätigkeit entwickelte. Seine letzte Rede hielt er vorige Woche auf der Tagung der jüdischen Welthilfskonferenz in London, die der Arbeit für die deutschen Juden gewidmet war.

Die hohen menschlichen Qualitäten schufen Motzkin im jüdischen Volk eine Stellung, die weit über den Rahmen eines großen und charakterfesten Politikers hinaustritt.

Die Weltunion der Zionisten-Revisionisten zu den Unruhen in Palästina

Das Exekutiv-Komitee der zionistisch-revisionistischen Weltunion erläßt ein Zirkularschreiben, in dem es heißt:

Die blutigen Zusammenstöße, die zwischen den arabischen Demonstranten einerseits und der englischen Polizei und den englischen Truppen andererseits in Jaffa, Jerusalem, Haifa und an anderen Orten stattfanden, haben die zionistische Oeffentlichkeit wie immer unvorbereitet getroffen. Die offizielle politische Leitung der Zionistischen Organisation hat mitsamt ihrem kostspieligen Apparat wie bisher ihre sprichwörtlich gewordene vollständige Ahnungslosigkeit in Bezug auf die Stimmungen und Pläne der führenden arabischen politischen Kreise bewiesen; sie hat nichts vorausgesehen und keine Maßnahmen getroffen, um der neugeschaffenen Situation zu begegnen.

Nach 4 Jahren Ruhe

Seit August 1929, vier Jahre lang also, hat in Palästina Ruhe geherrscht. Politische Impressionisten, wie die, aus welchen die zionistische Führerschaft besteht, waren tief überzeugt — und in diesem Geiste erzogen sie die zionistische öffentliche Meinung —, daß dieser Zustand eine unbegrenzte Zeit dauern wird. Diese sorglose Annahme, die sich bereits in den Jahren 1920, 1921 und 1929 bitter gerächt hat, wurde dadurch bekräftigt, daß Palästina gerade jetzt eine beispiellose »Prosperity« herrscht. Das Land kennt keine Arbeitslosigkeit. Große Teile der arabischen Bevölkerung verdienen an den Juden. Große Bodenkäufe wurden zu unvergleichlich hohen Preisen getätigt, tausende von arabischen Arbeitern fanden Beschäftigung in den jüdischen Unternehmungen; arabische Bauern fanden einen weiten Absatzmarkt für ihre landwirtschaftlichen Produkte. Und die zionistischen Politiker, die immer glaubten, daß man die Araber mit Geld, mit wirtschaftlichen Vorteilen beruhigen und kaufen könne, waren ohne Sorge:

»Bei dieser „prosperity" werden die Araber nicht revoltieren; so dumm sind sie nicht«. Die Aufmerksamkeit der Zionistischen Organisation galt nach wie vor ausschließlich dem ökonomischen Aufbau des Landes. Alle politischen Probleme wurden grundsätzlich vernachlässigt.

Die Entwicklung der arabischen Bewegung

Es war aber nur eine scheinbare Ruhe. Die arabische Bewegung machte im letzten Jahre eine bedeutsame und folgenschwere Entwicklung durch. In den arabischen nationalistischen Kreisen verstärkte sich der Einfluß der extremistischen Jugend, die keine Kompromisse anerkennt und die arabische Exekutive ihrer »Mäßigkeit« wegen scharf angreift. Auch die arabische Presse hat sich während der letzten Periode stark entwickelt und ihren Leserkreis erweitert. Es haben sich arabische terroristische Organisationen geschaffen, die eine Reihe terroristischer Akte gegen Juden ausgeführt haben. Der vergrößerte Bodenkauf und die Zunahme der jüdischen Einwanderung im letzten Jahre boten dankbares Material für eine antijüdische Hetze. Um ihre gefährdete Stellung zu behaupten, mußte die arabische Exekutive diesen extremistischen Feldzug mitmachen, und die alten Führer, die Mitglieder der Exekutive mit Musa Kazim Pascha an der Spitze, beteiligten sich an der arabischen Demonstration am 13. Oktober.

Der 13. und der 27. Oktober

Nach einer gründlichen Vorbereitung durch die Presse wurden unzählige Versammlungen abgehalten, Memoranden an die Regierung gerichtet und schließlich beschlossen, am 13. Oktober einen allgemeinen Streik im Lande und eine Protestdemonstration durchzuführen. Dabei machten die Veranstalter dieser Bewegung keinen Hehl daraus, daß sie diesmal nicht bloß eine antizionistische sei, sondern daß ihr zentrales Angriffsziel in der Mandarmacht selbst zu suchen sei. Die Jaffauer Zeitung »Falestin« stellte offen und mit Befriedigung fest, daß die Unzufriedenheit der arabischen Bevölkerung mit den englischen Behörden zunehme und beglückwünschte die arabischen Führer zu der neuen politischen Richtung, die sie eingeschlagen haben, indem sie ihren Kampf gegen die englische Verwaltung führen.

Diese neue Wendung bewog die Palästina-Regierung zu einer ungewöhnlich festen und entschiedenen Haltung. Sie proklamierte ein Verbot sämtlicher Aufzüge und Zusammenrottungen und ließ unmißverständlich bekanntgeben, daß jeder Versuch einer Störung der öffentlichen Ordnung schonungslos unterdrückt werden würde; sie ließ sich auch den Vorsitzenden der arabischen Exekutive kommen und teilte ihm noch einmal persönlich mit, daß eine Demonstration als illegale Handlung angesehen würde.

Die arabischen Rädelsführer nahmen aber all diese Maßnahmen nicht ernst. Die Demonstration fand am 13. Oktober in Jerusalem statt. Die Polizei trieb die Demonstranten mit Knüppeln auseinander, wobei es unter den Arabern und unter der Polizei ein paar leicht Verwundete gab.

Das erschreckte aber die arabische Exekutive nicht. Sie beschloß, am 27. Oktober eine ähnliche Demonstration gegen die jüdische Einwanderung in Jaffa zu veranstalten. Die Regierung erklärte wiederum, daß sie diesen Demonstrationszung verhindern würde. Und tatsächlich kam es am 27. zu scharfen Zusammenstößen. Diesmal haben die Araber auf die Polizei geschossen, die Polizisten erwiderten das Feuer. Mehrere Tote und zahlreiche Verwundete sind zu verzeichnen. Die Unruhen breiteten sich auf Jerusalem, Haifa, Nablus aus. Auch dort fanden blutige Zusammenstöße zwischen der Polizei und der aufgehetzten Menge statt.

Anti-englische oder anti-jüdische Bewegung?

In der Presse ist eine Tendenz zu bemerken, diese Ereignisse als einen arabisch-englischen Kampf darzustellen, der die Juden eigentlich bloß indirekt angehe. Da bis jetzt keine eigentlichen Pogromversuche gemacht wurden, kein jüdisches Blut vergossen und keine nennenswerten Plünderungen jüdischen Eigentums zu verzeichnen sind, will man zu der »beruhigenden« Schlußfolgerung gelangen, daß die Araber mit ihrem Aufstand diesmal nicht die Juden, sondern die Mandatarmacht meinten.

Das ist ein folgenschwerer Irrtum, ein verhägnisvoller Selbstbetrug. Die eigentlichen Zusammenstöße kommen jetzt zwischen den englischen Streitkräften und den Arabern vor. Den Hintergrund der ganzen Bewegung, ihre treibende Kraft, ihre Losungen liegen aber nach wie vor auf der anti-jüdischen Fläche. Der ganze Aufruhr ist inszeniert worden, um auf die Regierung einen Druck auszuüben, damit sie den jüdischen Bodenkauf und die jüdische Immigration sperre. Die arabische Exekutive forderte bereits in einem offiziellen Memorandum die vollständige Unterbindung der jüdischen Einwanderung, ein Verbot des Bodenkaufs durch Juden und die Bildung eines Parlaments nach dem Muster des Irak. Nostra res agitur! Es unterliegt keinem Zweifel, daß die lächerlich kleine Zahl der jetzt bewilligten Zertifikate (5500) nicht aus ökonomischen Gründen (Aufnahmsfähigkeit des Arbeitsmarktes), sondern durch rein politische Rücksichten seitens der Regierung — und zwar infolge des arabischen Druckes am 13. Oktober — zu erklären ist. Das genügte aber den arabischen Führern nicht: und sie wiederholten die Demonstration am 27., die zum Blutvergießen führte.

Um die Regierung noch mehr zu beeinflußen, wurde das antisemitische Moment in der Vordergrund gerückt. Dieser Umstand bewog die Regierung dazu, schärfer einzugreifen. Sie tat das aber nicht im jüdischen, sondern in ihrem eigenen, englischen Interesse. Es liegt deshalb jüdischerseits keine Veranlassung zur Befriedigung oder gar zur Dankbarkeit vor, die gewisse zionistische Kreise bezeugen zu müssen glauben.

Was haben wir zu erwarten?

Vorläufig läßt sich die Regierung nicht einschüchtern und erklärt, sie werde ihre Politik unverändert weiterführen. Es ist aber eine altbekannte Erscheinung, daß die Regierung nach allen arabischen Unruhen nachträglich dem arabischen Drucke nachgibt und den arabischen Wünschen auf Kosten der jüdischen Interessen entgegenkommt, indem sie die jüdische Einwanderung stoppt oder hemmt, mit »Parlaments«-Vorschlägen kommt oder neue Begrenzungen des Bodenkaufs einführt. Die ersten Anzeichen dieser Konzessionen auf Kosten der Juden sind bereits zu verzeichnen. Die Unruhen dienten der Regierung als Vorwand, ein Schreckensregiment gegen jüdische Touristen zu etablieren und nach zaristischem oder bolschewistischem Muster Razzien und Deportierungen vorzunehmen.

Unsere Aufgabe ist es deshalb, auf der Hut zu bleiben und dem arabischen Drucke einen verstärkten jüdischen Gegendruck entgegenzustellen.

Die durch das Exekutiv-Komitee proklamierte Aktion im Zusammenhang mit der letzten Zertifikaten-Schedule ist eine der Anfangsformen dieser Abwehr.

Exekutiv-Komitee der Union der Zionisten-Revisionisten.

Vladimir Jabotinsky:

Die Einwanderungsschande

Der Präsident der revisionistischen Weltunion Vladimir J a b o t i n s k y nimmt in nachstehenden zwei Aufsätzen Stellung zu den jüngsten Vorgängen, die sich an die Frage der jüdischen Einwanderung nach Palästina knüpfen. Bekanntlich unternimmt die Palästina-Regierung jetzt eine Hetzjagd, die sich vor allem gegen die sogenante »illegale« jüdische Einwanderung richtet und in Razzien nach altem zaristischen Muster auslebt.

Der erste Aufsatz Jabotinskys ist für den »Judenstaat« geschrieben. Der zweite ist in der Warschauer jüdischen Tageszeitung »Moment« erschienen.

Die Redaktion.

In den Schmutz geraten

1.

Das muß nun ein Ende nehmen, ein für allemal, und jetzt ist die Zeit dazu.

Wir haben heute, als hätte es jemand absichtlich so eingerichtet, alle die häßlichen und schmutzigen Seiten des gegenwärtigen Alijah-Systems in einem einzigen Beispiel konzentriert und kristallisiert vor uns. Da ist die willkürliche Ungerechtigkeit eines Systems, das uns 3000 Zertifikate schenkt, während das Land nach zehntausenden jüdischen Arbeitern nahezu lechzt und hunderttausende bereit sind, dorthin zu gehen. Da ist nun auch die p r o v o k a t o r i s c h e Seite des Systems: kaum erfahren die Araber, daß die Regierung das Einwanderungsproblem nicht vom sachlichen Standpunkt (»objektive Möglichkeiten«), sondern vom Angststandpunkt (»was werden die andern sagen«, d. h. die Araber) behandelt, so werden sie auch schon angriffslustig und machen einen »Aufstand«, und bekommen weitere Versprechungen und weitere Zugeständnisse. (Daß die Regierung die weiteren Versprechungen nicht wird einhalten können, weil sie dazu zu schwach und wir zu stark sind, ist eine andere Frage, aber inzwischen ist die Provokation geglückt). Nun habt ihr auch noch die d e m o r a l i s i e r e n d e, die moralisch widerliche Seite der Wirkung dieses Systems auf die Juden selbst:

Es tut sich schon in Polen ein Mitglied der zionistischen Exekutive um, der laut und vernehmlich droht, daß diese Exekutive jetzt selbst einen Spitzeldienst organisieren wird, um aufzupassen, daß jüdische Touristen nun wirklich hinausgeworfen werden, oder noch besser, daß sie nicht hineingelassen werden. Morgen werden, wahrscheinlich andere Mitglieder derselben hochgeschätzten Körperschaft aufstehen und sagen, daß sich in jedes Kollegium mitunter ein zerfahrener Dummkopf einschleichen kann und daß man das ganze Kollegium für das, was dieser plappert, nicht verantwortlich machen darf. Aber ich muß diesen Plappler hier selbst in Schutz nehmen. Was er gedroht hat, ist ja nur die logische Folge aus dem heutigem Alijah-System. Dadurch daß die Agency als Vermittlerin in der Zertifikatenangelegenheit dient, ist sie natürlicherweise eine Art Kompagnon im absurden und widerlichen Einwanderungsgeschfts-System geworden. Es ist nichts neues, daß ein Bettler, der plötzlich Kompagnon einer Regierung geworden ist, die sich auf Bettlerhatz spezialisiert, unvermeidlich den Verfolgern Hilfsdienst leisten muß; und daß die Partei die heute in der Agency herrscht, vor Spitzeldiensten nicht zurückschreckt, das haben wir nebenbei bei jener Angelegenheit klar erfahren, die anfangs noch »Fall Stawsky« hieß und jetzt immer mehr als der »Fall« einer ganz anderen Person (und keiner mänlichen) angesehen zu werden beginnt. Zwischen der Bespitzelung von »Terroristen« und der Bespitzelung von »Touristen« ist der Unterschied nicht groß — ein paar Buchstaben nur.

2.

Das muß ein Ende nehmen, ein für allemal.

Ich bin gar kein Anhänger der sogenannten »freien« Alijah. Eine Einwanderung muß geregelt werden, sowohl der Qualität als auch der Quantität nach. Wenn ein Land in einem bestimmten Jahr nur 50.000 Einwanderer aufnehmen kann, so dürfen nicht 100.000 hereingelassen werden. Das ist klar. Und was die Qualität betrifft — nun, nennt mich einen Haman, aber wenn es wahr ist, daß einige deutsche Flüchtlinge in Jerusalem für ihre Kinder eine deutsche Schule gründeten, so sage ich, es war schade solche Typen in dieses wehes Heimatland hineinzulassen. Es muß jemand aufpassen, es muß jemand kontrollieren. Das ist klar.

Aber absurd ist es, daß das Aufpassen und die Kontrolle in den Händen einer antizionistischen Bürokratie liege. Niemand leugnet, daß die Zahl der Emigranten den »Absorbtionsmöglichkeiten« des Landes entsprechen muß, aber gerade über diese Möglichkeiten urteilt die Mandatsbürokratie wie ein Blinder über Farben. In all den fünfzehn Jahren Mandaterei hat sie etwas, was jedem Schulbuben klar ist, nicht begriffen: daß die Einwanderung selbst, gerade der Zufluß von mittellosen Chaluzim, einen unwiderstehlichen Magnet zur Heranziehung von Unternehmern und von Kapital bildet. Wenn alle Unternehmer und Arbeitgeber des Landes sagen, »heuer können wir 24.000 jüdische Einwanderer beschäftigen«, so bedeutet das mit mathematischer Genauigkeit, daß man ruhig um 50% mehr jüdische Arbeiter hineinlassen darf, weil die andern 12.000 sicherlich bald mehr Kapital heranziehen werden als man zum Zweck ihrer Eingliederung in die Arbeit braucht. Aber die Mandatsbürokratie versteht das nicht, oder will es nicht verstehen; und selbst von den ersten 24.000 gibt sie uns nur die Hälfte oder ein Viertel oder gar nur den sechsten Teil, wie heute. So wird es immer sein, solange die Sache in ihren Händen bleibt und solange sie gemäß den selben antizionistischen Direktiven wie heute vorgehen wird.

Und wir Zionisten, wie beantworten wir diese Ungerechtigkeit? Wir nehmen das Päckchen Zertifikate an, um dann — zu »protestieren«; oder auch umgekehrt. — wir »protestieren«, um dann anzunehmen. In der Sprache der Politik heißt das: du bist einverstanden, du hast die Ungerechtigkeit sanktioniert. Wenn Du bei einem Menschen 1000 Gulden forderst, weil er sie Dir nach allen Gesetzen schuldig ist und er Dir ein Almosen von einigen Groschen anbietet, dann hüte dich, das Almosen anzunehmen, denn annehmen heißt, sich von der Forderung lossagen. Im privaten Leben weiß das jeder, im politischen aber vergessen wir das und reden uns ein, daß unser »Protest« und nicht unsere Handlung wirksam sein werde. Die einzige wirksame Form des Protestes heißt in einem solchen Fall, mit der Zurückweisung des Almosens beginnen!

3.

Die Einwände dagegen kenne ich auswendig. Es sind leere, faule und dumme Ausreden!

Ein Einwand klingt so: wen wird es erschrecken, daß die Juden keine Zertifikate annehmen? Im Gegenteil die Regierung wird sagen: sehr gut, umso besser für uns — wir brauchen keine jüdische Einwanderung«. Mit derselben Kurzsichtigkeit könnte man fragen: wenn die Bevölkerung in der Stadt die Läden schließt, wen stört das, warum soll die Regierung erschrecken? Es bringt ja nur der protestierenden Bevölkerung selbst Schaden, die Regierung verliert nichts dabei, usw. Geplapper! Das Schließen von Läden ist eine der wirksamsten Methoden des politischen Druckes. Nicht nur wenn die Araber ihre Läden sperren »erschrickt« die Regierung, sondern es erschrack auch, als Juden Jerusalems solches im Jahre 1920 machten, die militärische Verwaltung, nachdem ich vor dem Militärgericht gestanden hatte. Sie mußte die Kehilla bitten, so rasch wie möglich die Geschäfte wieder zu öffnen und versichern, daß sie, die Regierung, sich um Revision des stumpfsinnigen Urteils bemühen werde. Das auf der Höhe seiner inneren Macht stehende zaristische Rußland des Jahres 1900 zitterte vor »Studentenstreiks«. Die Studenten forderten eine Konstitution und wollten zunächst zum Zeichen des Protestes die Universitäten nicht besuchen. Man hätte ja auch fragen können: Warum soll sich der Zar vor leeren Bänken fürchten? Geplapper! Die erste Sorge jeder Regierung besteht darin, daß ihre Maschine f u n k t i o n i e r e. Wenn diese zu funktionieren aufhört, wenn auch nur ein wichtiges Rad der Maschine lahmgelegt ist und seine Funktion nicht verrichten kann, so ist das ein Schlag für die Regierung und für das ganze System. Hätte die zionistische Oeffentlichkeit Vernunft und Mut, um im gegenwärtigen himmelschreienden Fall z. B. dem Mandatar die 3000 Zertifikate ins Gesicht zu schleudern, so würde man schon übermorgen zur Agency offiziöse Vermittler schicken um wegen eines Ausgleiches zu verhandeln...

Nun der zweite, vielleicht populärste Einwand: um Gotteswillen, Erbarmen mit den armen Chaluzim! Sie schuften auf der Hachscharah und vergehen vor Sehnsucht nach dem Heiligen Land, und in unserer Hand liegt die Möglichkeit ein Prozent wenigstens zu befriedigen, und ihr wollt, daß wir uns dessen begeben?! Hier sind wir nun Gottseidank wieder beim uralten A. B. C. des politischen Zionismus angelangt Die alte Debatte muß aufs Neue beginnen, nämlich die, was was wichtiger sei — das Opferbringen einer politischen Aktion wegen, oder das anzunehmen, was man uns gibt, und so Positionen zu schaffen. Ich kann zum A. B. C. nicht zurückkehren, dazu ist es zu spät. Wer es bis jetzt nicht begriffen hat, daß jeder politischer Kampf in schweren Opferbringen besteht, mit dem zu diskutieren, ist überflüssig. Ich will nur hoffen, daß zumindest die »armen Chaluzim« selbst einen solchen Einwand nicht unterstützen werden. Tun sie das aber dennoch, so sind sie weder wert Chaluzim genannt zu werden, noch sonst etwas. Und das ist eine Warnung, die ich an meine eigenen jungen Parteifreunde in den Gedudej-Hachscharah zu adressieren bereit bin, wenn so etwas notwendig sein sollte, was ich nicht hoffe. Denn sie, die Herzlisten, müssen doch die ersten sein, die Herzls große Wahrheit verstehen, die Wahrheit, daß der Zionismus eine p o l i t i s c h e Bewegung ist, dessen Kampfmittel vor allem politische sind, wobei mit keiner Hachscharah und mit keiner Sehnsucht und überhaupt nicht mit menschlichen Nöten zu zählen ist. Man muß bereit sein, 3000 junge Leben hinzugeben für einen Protest, wenn er das kosten muß, und nicht nur 3000 Zertifikate, 3000 Zeichen des Schmutzes, in den uns das heutige System hineingetrieben hat.

Wolken über der Einwanderung

1.

Zunächst: keine Aufregung, kühl sein, kalt und ruhig, und wie ein Buchhalter den Verlust errechnen, feststellen was wirklich greifbarer Schaden ist und was nur Drohung!

Nehmen wir zum Beispiel den arabischen Aufstand als solchen. Wie wir wissen, ist die Polizei in Palästina klein und schwach und schlecht; die Garnison — das Militär — wahrscheinlich nicht schlecht, aber klein und deshalb — schwach. Es scheint übrigens, daß die militärische Garnison während der Unruhen in sehr geringem Maße eingesetzt wurde. Es war einfach nicht notwendig, sie einzusetzen. Die kleine, schwache und schlechte Polizei genügte, um mit dem Aufstand ein Ende zu machen. Und was hat diese Polizei dafür bezahlt? Ein Polizist wurde getötet, siebenundzwanzig verwundet. Das ist sehr bedauerlich. Wir drücken Ihnen allen unser Mitgefühl aus und hoffen, daß die Verwundeten bald genesen. Der Regierung ist der Aufstand also billig zu stehen gekommen. Wir wissen, wie ein wirklicher Aufstand aussieht. Das was jüngst in Palästina geschah, ist ein Kinderspiel. Man kann ruhig sagen, daß eines bewiesen ist: die Drohung mit dem »arabischen Aufstand« ist weit davon entfernt jene ernste Drohung zu sein, wie man es uns einreden will. (Das hat nichts mit der Gefahr eines Pogroms auf Juden zu tun. Ein A u f s t a n d gegen die Regierung wird mitten auf breiter Straße gemacht, oder auf einem Platz, und einige gutbewaffnete Soldaten oder Polizisten genügen, um die größte Menge auseinanderzutreiben. Ein P o g r o m vollzieht sich in hundert krummen engen Gäßchen, und hier braucht man zehnmal mehr Beschützer, und gerade jüdische).

Auch die Zugeständnisse, die der Hochkommissar den Arabern machte, müssen ruhig und kalt geprüft werden. Jedes dieser Zugeständnisse ist scharf gegen den Zionismus gerichtet. Aber sie enthalten kein neues Wort, denn in jeder Einzelheit besteht der antizionistische Zustand schon seit den Zeiten Chancellors und Samuels. Wauchope hat nur versprochen, darüber zu wachen, daß dieser Zustand verwirklicht werde. Wie lange und inwieweit ihm das gelingen wird, bleibt eine Frage (die ich später berühren will), aber das Wesen des Angriffs ist alt: wenig legale Zertifikate erteilen, Touristen chikanieren, illegale Einwanderung bekämpfen! »Alles schon dagewesen«. Und bei einem solchen Zustand haben wir in den letzten paar Jahren an die 50 bis 60.000 Seelen nach Palästina gebracht.

2.

An die Möglichkeit, daß es General Wauchope für immer oder für lange gelingen werde, die Wacht zu verschärfen, zweifle ich sehr. Er hat es den Arabern feierlich versprochen. Er ist aber nicht der erste Hochkommissar des Heiligen Landes, der sich bei leichtsinnigem, kindlichem Geplapper ertappen ließ. Man kann eine oder ein paar Razzien in Tel-Aviv sofort nach dem feierlichen Versprechen veranstalten, man kann einige Touristen ausweisen — ein neuer Besen kehrt gut. Aber ein System von Razzien einzuführen, wird sehr schwer fallen, aus Gründen politischer und diplomatischer Unbequemlichkeit, die jede von ihnen hervorrufen wird. Der Leichtsinn jedes Hochkommissarischen Geplappers besteht gerade darin, daß sie nicht wissen, mit wem sie zu tun haben, nicht richtig unseren Welteinfluß abzuschätzen vermögen und versprechen, uns aufzufressen, bevor sie noch darüber informiert sind, ob es ihnen dazu an Tellern und Messern und Gabeln und Zähnen langen wird. Lassen wir uns nur vom Lärm nicht einschüchtern — »es wird nicht helfen«. Der Krieg gegen die jüdische Touristik nach Palästina wird schon seit Jahren geführt, man hat gegen uns das Maximum dessen eingesetzt, was unter den objektiven Verhältnissen eingesetzt werden konnte. Man kann das wohl für einen Monat oder zwei »verschärfen«: wartet nur ein halbes Jahr ab und ihr werdet sehen, daß keine großen Aenderungen vor sich gegangen sein werden, weil das einfach objektiv unmöglich ist.

Ein Mitglied der Jewish Agency hat in Warschau angekündigt, daß die Zionistische Exekutive ebenfalls »die illegale Touristik bekämpfen« werde. Das ist nun ein schon gar unmögliches Versprechen. Die Regierung hat wenigstens theoretisch die Möglichkeit, einem Touristen kein Visum zu erteilen. Was aber kann die Agency tun? Denkt sie etwa daran, eine Spionage-Abteilung zu gründen, die herauszubekommen hat, ob Simon ben Josef — der als Tourist nach Palästina fahren will, dort die Absicht hat, Arbeit zu suchen, und will sie ihm dann dem Konsul denunziieren? Meine Meinung über die Exekutive der Agency ist bekannt, und letztens haben wir zwar gesehen, daß gewisse Elemente, auf die sich diese zwei Institutionen stützen, nicht vor Denunziationsarbeit zurück-

schrecken. Daß das aber ein Teil des »Programms« werde, daran glaube ich nicht. Wenn es ihnen auch moralisch möglich schiene — darauf verstehe ich mich nicht — so ist das aber objektiv unmöglich. Das Versprechen, keine jüdischen Touristen hereinzulassen, von der Agency dem Hochkommissar feierlich gegeben, ist genau so Geplapper, wie des Kommissars Versprechen an die Araber.

3.

Die neuen Anschläge sind unwichtig, sie werden keine wesentliche Aenderung herbeiführen. Wichtig — und sehr böse — ist die politische Seite des Ereignisses.

Den Arabern ist wiedereinmal gezeigt worden, daß das einzige, was die Mandatarmacht in Rechnung zu ziehen bereit ist, Drohungen mit physischer Gewalt sind. Wenn diese Gewalt auch gering ist, eine Gewalt die aus ein paar Dutzend erschlagenen Aufständlern gegenüber keinen einzigen erschlagenen Polizisten resultiert — das macht nichts. Die Mandatarregierung zieht nur »Unruhen« in Betracht. Engländer kennen das Geheimnis ihrer eigenen Regierungen besser, als wir alle, und das ist der Grund, warum zum Beispiel eine so reine Kulturbewegung, wie der Kampf um das Frauenwahlrecht, nur in England die Form von Straßenunruhen annehmen mußte. Jetzt wird diese Weisheit auch den Arabern gelehrt. Nicht zum ersten und wohl auch nicht zum letzten Mal.

Aber auch die Juden beginnen zu »lernen«. Sonderbarerweise »lernt« da die Zionistische Exekutive, und nicht etwa in dem Sinn, daß auch wir auf die Mandatarmacht durch Straßenlärm (oder vielleicht in anderer Form) zu wirken beginnen wollen, sondern in dem Sinn, daß auch sie vor den Arabern Angst bekommt und auf Drohungen mit feigen Zugeständnissen antwortet, zum Beispiel mit dem Versprechen, daß sie, die Agency, selbst der Polizei helfen werde, die Tore vor den illegalen Touristen zu sperren.

4.

Hier ist nichts zu komentieren. Ich stelle die Frage nun allen jenen, die mit solcher Politik Englands und solcher Politik der Agency nicht einverstanden sein können. Wie lange werdet ihr denn noch, dies gewähren lassend, zusehen?

Verteidigung oder Angriff?

Wir erhalten aus Tel-Aviv nachstehende Zuschrift, die im Zusammenhang mit dem Verhalten der britischen Verwaltung anläßlich der Araberunruhen die Stimmung weiter Kreise des Jischuw wiedergibt.

Das Verhalten der Palästina-Regierung im Zusammenhang mit den jüngsten Araber-Demonstrationen regt unwillkürlich zum Nachdenken an. Es ist nicht das erste Mal, daß Araber gegen uns demonstrieren; das ist nicht neu und kann uns nicht überraschen. Vollständig neu ist aber die Energie und Schärfe, mit welcher die Regierung den Demonstranten entgegengetreten ist. An und für sich ist das zweifellos eine sehr erfreuliche Tatsache, die durchaus beruhigend wirken könnte, wenn nicht die große Fülle an Regierungsmaßnahmen — und Verfügungen gerade der letzten Tage Zweifel aufkommen ließen an die Echtheit der geäußerten Regierungsgesinnung. Es folgten aufeinander: 1) Erklärung des Belagerungszustandes mit dem Verbot für die Bevölkerung, das Haus ab 6 Uhr nachmittags bis 5 Uhr früh zu verlassen; 2) Aufhebung der Feierlichkeiten bei der Hafeneröffnung in Haifa; 3) Stillegung des Seeverkehrs: man darf weder an Bord noch an Land gehen; 4) Zensur der gesamten Inlandpresse. Dieses alles — während es im Lande weder einen tatsächlichen Belagerungszustand gibt, noch überhaupt von einer drohenden Gefahr etwas zu merken ist. Man kann nicht umhin, die Feststellung zu machen, daß die Regierung den Ernst der Lage übertrieben hat, daß viel zu viel des Guten geleistet wurde. Zu viel mag besser als zu wenig sein, aber welche negative Folgen die Aufbauschung und Uebertreibung von Unruhen für unsere zionistischen Bestrebungen haben kann, liegt auf der Hand. Ich kann und will nicht untersuchen, ob die angedeutete Wirkung tatsächlich erreicht wurde; allgemein ist man hier der Ansicht, daß das Zuviel g e w o l l t war und, unter uns gesagt, so ganz unwahrscheinlich klingt es nicht. Denn wir wissen genau, was hohe Staatsinteressen bedeuten und wie oft sich edle Taten als Provokation entpuppen. Konkret ausgedrückt: wir wissen sehr wohl, wie sehr es England daran liegt, Palästina zu besitzen und wieweit es in der Frage der jüdischen Einwanderung gehen will. Stimmen unsere Vermutungen, so dürfen wir im Verhalten der Regierung anläßlich der letzten Araber-Demonstrationen k e i n e V e r t e i d i g u n g j ü d i s c h e r I n t e r e s s e n sehen, sondern einen neuartigen, wohldurchdachten A n g r i f f auf unsere nationale Existenz. Unsere einzige Antwort, die wir geben können, muß lauten: tausendfach erhöhte Aktivität für Erez Israel, für die Errichtung des J u d e n s t a a t e s.

M. B.

Tel-Aviv, Oktober 1933.

Geschichtliche Entwicklung und nationale Gewerkschaft

Nachstehende Darlegungen bringen wir auf Grund freier Diskussion
Die Redaktion.

In einem vorhergehenden Artikel habe ich darauf hingewiesen, wie oft uns in den letzten Jahren p o l i t i s c h e und folglich auch g e s c h i c h t l i c h e Ereignisse (Politik ist ja nur aktualisierte und detaillierte Geschichte) »überraschten« und warum diese Ueberraschungen uns als solche vorkamen. Der Grund dafür war, daß wir an die politischen Ereignisse falsche, weil einseitige, bloß durch Ueberlieferungen bedingte Kriterien anlegten. So ein einseitiges Kriterium hat auch heute ein Großteil der jüdischen öffentlichen Meinung in Bezug auf eine Erscheinung, die immer mächtiger aus dem politischen Tagesgewirr herausragt und in dem Komplex der politischen und sozialen Fragen, die heute die ganze Welt bewegen, unleugbar zur Dominante geworden ist. Diese Erscheinung ist der F a s c h i s m u s. Es soll hier nicht besonders auf die Worte Mussolinis hingewiesen werden, daß Europa in zehn Jahren entweder faschistisch oder faschisiert sein wird (fascista o fascistizzata), vielmehr soll ein richtiges, durch keine Ueberlieferung getrübtes Kriterium in der Beurteilung der Erscheinung gegeben werden, um vor einer neuen, sich vorbereitenden »Ueberraschung« gewappnet zu sein.

Ein Großteil des Judentums folgert so: Faschismus ist eine Art absolutistischer Regierungsform. Absolutismus ist mit Reaktion verbunden, Reaktion aber mit Unterdrückung aller freiheitlichen Volks- und Individualbestrebungen. Die Kette ist geschlossen: der Faschismus ist abzulehnen.

Es ist eine Verkennung der Tatsachen, wenn man den Faschismus mit irgend einer, aus der Geschichte bekannten Art des Absolutismus, mutatis mutandis, gleichgestellt. Nehmen wir das Beispiel des russischen Absolutismus oder der sogenannten Vormärzzeit in Oesterreich. Dort standen einander gegenüber: auf der einen Seite die R e g i e r u n g auf der anderen Seite das V o l k, auch wenn es regierungstreu war. Zwischen Regierung und Volk bestand immer ein »Pathos der Distanz«. Bei faschistischen Diktaturen steht hingegen e i n T e i l d e s V o l k e s d e m a n d e r e n g e g e n ü b e r. Ein konstruktiver, willenstarker, von der Idee des Staates mitgerissener Volksteil einem chaotischen und willensschwachen gegenüber. Absolutismus bedeutet die Herrschaft einer Schichte ü b e r einem Volke, Faschismus die Herrschaft und die Durchsetzung eines Volkswillens gegen den Willen des anderen Teiles. Das ist ein ganz gewaltiger Unterschied. Stark eingebürgerte Vorstellungen müssen geändert und neue Kriterien in der Beurteilung sozialer Erscheinungen angewendet werden, um ihn erfassen zu können. Ist das geschehen, d. h. wissen wir, was der Faschismus n i c h t ist, so können wir einen Schritt weiter gehen und seine p o s i t i v e Definition geben. Faschismus bedeutet das Unterordnen aller anderen Interessen und Belange unter das Interesse der Nation als Ganzes. Er fordert H o m o g e n i t ä t v o n N a t i o n, S t a a t u n d V o l k s s c h i c h t e n. Sein politisches und wirtschaftliches Programm sind nur durchgeführte Folgerungen aus dieser Grundauffassung.

Politisch bedeutet der Faschismus die Abkehr von den bisherigen Formen des politischen Lebens, die man unter dem Begriff des P a r l a m e n t a r i s m u s zusammenzufassen pflegt. Dem Prinzip der rein n u m e r i s c h e n U e b e r l e g e n h e i t stellt er den Grundsatz der D y n a m i k entgegen. Die Stimmen werden nicht mehr gezählt, sondern gewogen! Parlament, allgemeines Wahlrecht und was noch drum und dran hängt, erschöpfen heute nicht mehr das ganze soziale und politische Leben eines Volkes, sie sind nicht mehr fähig, die Strömungen zu fassen, die den heutigen Volksorganismus durchfluten. Der Faschismus schafft daher auf politischem Gebiete Formen und Einrichtungen, die den neuen Aufgaben von Staat und Volk gewachsen sind, da sich die alten als vollkommen unbrauchbar erwiesen haben.

Die Tatsachen bewiesen, daß die Ersetzung des numerischen durch das dynamische Prinzip richtig und erfolgreich war. Im Zusammenhang damit muß erinnert werden, daß der Faschismus in Italien zur Macht kam, nachdem die Kraftprobe bei den Wahlen im Jahre 1921 für ihn unvorteilhaft ausgefallen war.

So betrachtet, werden die jüngsten — übrigens ganz vereinzelten — Siege der sozialdemokratischen Parteien in West- und Nordeuropa in das richtige Licht gerückt. E s s i n d S i e g e o h n e E r f o l g e. Was nützt es, daß man eine große Zahl von Stimmen auf sich vereinigt hat, wenn man methodisch und ideologisch nicht mehr fähig ist, den Aufgaben des Tages zu begegnen? Wenn auch in Ländern, in denen die Demokratie tief verankert schien, Symptome politischer Ermüdung und Desorientierung bei der Bevölkerung sichtbar werden?

In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutet der Faschismus die Zusammenfassung und Koordinierung der Produktionsfaktoren und die Ueberwindung der liberalistisch-individualistischen Güterproduktion und Güterverteilung unter grundsätzlicher Beibehaltung des Privateigentums und Staatskontrolle. Dabei muß die Bedeutung des Unternehmers im Wirtschaftsprozeß entsprechend gewürdigt werde. Dem Mittelstande wird eine aktivere Rolle, im politischen und Wirtschaftsleben des Volkes als bisher gesichert. Vollständiges Aufgehen der Klassendoktrin in die Idee der Nation, Schiedsgerichtbarkeit und bedingungslose Unterstellung der Interessen sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber unter die gesamtnationalen Interessen sind Voraussetzungen für diese Koordination.

Der Faschismus hat aber auch seine eigene politische Methodologie. Das Programm der Regierung, identisch mit den Zielen und Zwecken des Staates, ist mit dem Bestande der Regierung selbst und den von ihr geschaffenen neuen Formen des politischen Lebens eng verbunden. Wenn der gewesene französische Ministerpräsident Daladier in Vichy gesagt hat, »die Regierung kümmert sich nicht um ihr Los, sie kümmert sich um ihre Plicht«, so ist das eine leere Phrase. Die Regierung muß sich um ihr Los kümmern! Die Pflicht der Regierung ist es, bei der Macht zu bleiben und die von ihr ins Leben gerufenen politischen und sozialen Faktoren so zu festigen, daß sie von den eroberten Positionen nicht mehr zurückgedrängt werden können. Nur eine vollständig gesicherte Stabilität im Innern des Landes kann der Regierung eine weitsichtige, den auf sich genommenen Aufgaben konforme Politik ermöglichen.

Diesen festen, wie aus Granit gemeiselten Fundamenten stellt der Liberalismus und die Sozialdemokratie den ohnmächtigen, einer jeden politischen und sozialen Fluktuation ausgesetzten Apparat der Demokratie entgegen. Daß dieser Apparat den heutigen Anforderungen des politischen Lebens nicht mehr entspricht, ist bereits vorweggenommen. Das müßten ja die Sozialisten auf Grund ihrer eigenen Theorie wissen. Da sie an ihm trotzdem festhalten, wollen wir weiter sehen wie er, einmal in Gang gesetzt, funktioniert.

Gesetzt den Fall, die Sozialdemokraten erhielten eine genügende, qualifizierte Mehrheit in einem Parlament, die ihnen erlauben würde, ohne Rücksicht auf die vorhandene Opposition die Verwirklichung ihres Programms (soweit sie ein solches haben) in die Wege zu leiten. Selbst die sozialistischen Theoretiker geben zu, daß dies nicht von heute auf morgen und reibungslos geschehen kann. Es werden Härten und Entbehrungen zu tragen sein. Es werden immer neue Quellen der Unzufriedenheit sich erschließen. Parlamentsmaschinerie als politische Organisationsform und Klassenschichtung des Volkes unter allen Umständen, wie es die Sozialisten fordern, vorausgesetzt, wird jetzt die Opposition den Zeitpunkt für gekommen erachten, um mit mit einer oppositionellen Propaganda großen Stils einzusetzen. Daß große Schichten eines Volkes massenpsychologisch leicht beeinflußbar sind, hat man in den letzten Jahrzehnten zur Genüge gesehen. Es ist also nicht nur theoretisch möglich, sondern praktisch höchst wahrscheinlich, daß die Opposition wachsen und immer neue Scharen um sich sammeln wird. Bis die Regierung eines Tages erklären wird, sie kümmere sich nicht um ihr Los, sondern sie tue ihre Pflicht. Und ihre »Pflicht« in einer ähnlichen Lage ist — parlamentarischen Prinzipien gemäß — Neuwahlen auszuschreiben. Es siegen natürlich die Oppositionsparteien, das Alte wird über den Haufen geworfen, d a s S p i e l k a n n v o n n e u e m b e g i n n e n.

Dieser labilen, von Parteihader und Klassenkämpf zerklüfteten Organisationsform der Gesellschaft steht der vorhergeschilderte Block einer o r g a n i s c h e n S t a a t s v e r f a s s u n g gegenüber. Ich glaube offene Türen einzurennen, wenn ich nach all dem Gesagten noch erwähne, daß es diese letzte Organisationsform der Gesellschaft ist, die sich in den gegenwärtigen chaotischen Zeiten staatserhaltend und folglich auch staatsbauend und wiederstandsfähig erwiesen hat.

Die Erkenntnis von der Unbrauchbarkeit alter demokratischer Formen und Ideen als Folge der eingetretenen Strukturänderungen von Gesellschaft und Wirtschaft hat sich auch in England, dem klassischen Lande des

Parlamentarismus, Bahn gebrochen. Keynes, der berühmte Theoretiker des Liberalismus, predigt jetzt eine Art Neomerkantilismus anstatt des früher gepriesenen Warenaustausches auf Grund der internationalen Arbeitsteilung. Aber auch in der Labour Party hört man Stimmen, die nach einer Abkehr von ihrer bisherigen Politik rufen und ganz konkrete Forderungen nach Ausschaltung, beziehungsweise Einschränkung des parlamentarischen Apparates stellen (Stafford Cripps).

Angesichts dieser Tatsachen müssen die allzuoft ausgesprochenen Erklärungen mancher zionistischer Führer, »wir stehen und fallen mit der Demokratie«, die im Namen des ganzen Zionismus abgegeben wurden, als das gewertet werden, was sie in Wirklichkeit sind: Ausdruck einer verfehlten Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung. Sie hat dem sozialistischen Element im Judentum Tür und Tor geöffnet, sie hat zu einer unerträglichen Ueberlastung der kaum aufgehenden kapitalistischen Entwicklung in Palästina mit unproduktiven Faktoren geführt, sie birgt weiter alle Gefahren in sich, die aus der Verkennung der politischen Richtung, in die die Völker jetzt unzweideutig einbiegen, resultieren. In Erkenntnis dieses Tatbestandes hat es sich der zionistische Revisionismus zum Ziele gesetzt, der jüdischen Oeffentlichket die Augen zu öffnen und der Gefahr entgegenzuarbeiten. Diese Erkenntnis hat auch zum Entschluß geführt, in Palästina eine neue, eine nationale Gewerkschaft wachsen und erstarken zu lassen. Ihre ideologischen und organisatorischen Grenzen hat Jabotinsky an dieser Stelle bereits klar umrissen. Sie soll dem wirtschaftlich ungesunden Zustand in Palästina ein Ende bereiten, sie soll die Internationalisten in jene Stellungen zurückwerfen, die ihnen im Rahmen wirtschaftlicher und politischer Wirklichkeit und Vernunft gebühren. Es muß der Wahnsinn aufhören, daß in Palästina Sozialismus vor Kapitalismus blüht!

M. E. Deis.

Aus Palästina:

Abhilfe der Wohnungsnot in Tel Aviv

In der letzten Sitzung des Stadtrats von Tel-Aviv machte der Bürgermeister Dizengoff Vorschläge zur Behebung der durch das Einströmen neuer Einwanderer besonders aus Deutschland in Tel-Aviv entstandenen Wohnungsnot. Er regte die Aufbringung eines Fonds von 10.000 Pfund zum Bau von Unterkunftstätten für Neueinwanderer an. Darüber hinaus beantragte er eine ausgedehnte Wohnungsbauaktion zur Linderung der Wohnungsnot und -Teuerung, unter der die Gesamtbevölkerung empfindlich zu leiden hat. Ein Unterausschuß zur Ausarbeitung definitiver Vorschläge wurde eingesetzt.

Registrierung neuer Gesellschaften

Die wachsende Prosperität kommt in der Registrierung einer weiteren großen Reihe neugegründeter Gesellschaften zum Ausdruck, darunter: eine Gesellschaft für Wasserversorgung in Beer Tuvia, eine Drogen-Engrosfirma, zwei Banken, mehrere Gesellschaften für Orangenkulturen, eine Gesellschaft zur Erhaltung eines Symphonie-Orchesters und von Chören, eine Theater- und Filmgesellschaft, eine Agentur zur Förderung des Touristenverkehrs zwischen Palästina und Italien, ein kooperativer Buchverlag u. v. a. Eine Gesellschaft hat die Ausgestaltung eines Teiles der Kolonie Nathania zu einer Sommerfrische in Angriff genommen.

Verbreitung des Olivenöls

Wie der Direktor des Produktionsabsatzes der Olivenölverarbeitungsfabrik »Shemen« mitteilt, hat sich der Absatz der Shemen-Oel-Erzeugnisse in der letzten Zeit sehr stark über die ganze Welt verbreitet.

Vorbereitung der zweiten Makkabiah

Dr. Hermann Lelewer, Präsident des Weltmakkabi, ist in Palästina eingetroffen, um die zweite Makkabiah vorzubereiten. In seinen Beratungen mit dem palästinensischen Makkabi werden die Fragen der Errichtung eines Stadions für die Makkabiah, einer Sport-Lehrer-Akademie, einer Segelflugschule, der Sicherung des Makkabiah-Budgets, der Makkabi-Aktivität im Vorderen Orient, der Ansiedlung von Makkabim (Kfar HamakkabiAktion) und der Eingliederung der ins Land kommenden Makkabim in das palästinensische Wirtschaftsleben behandelt.

Die zweite Makkabiah findet im Frühjahr 1935 in Tel-Aviv statt.

Ausgrabung einer biblischen Siedlung bei Haifa

Das Departement für historische Altertümer bei der Palästina-Regierung hat zwischen dem Kischon-Fluß und dem Berge Karmel Ausgrabungen durchführen lassen, die interessante Ergebnisse gezeitigt haben. Es handelt sich um die Stätte der schon im Buch Josuah erwähnten Siedlung Mischeal, die zum Gebiet des Stammes Ascher gehörte. Im Buch Josuah wird gesagt, daß die Stadt bis an den Westabhang des Karmelberges reichte. 1500 Jahre vor Beginn der bürgerlichen Zeitrechnung war Mischeal (Tel Abu Hawan) ein blühendes Kulturzentrum. Zu Beginn des Zeitalters der Könige wurde die Stadt zerstört und blieb bis zur Periode des zweiten Tempels unbewohnt. Von da an stand sie bis in die römische und byzantinische Aera hinein wieder in Blüte.

Das jüdische Wunder am Mittelmeer

Die schwierigste Frage der jüdischen Palästina-Kolonisation war immer wieder: Was wird mit den Immigranten, die aus zwingenden Gründen für Landarbeit nicht geeignet und unbedingt auf Stadtberufe angewiesen sind? Die Lösung dieses Problems hat uns in erster Linie Tel-Aviv, die junge jüdische Industrie- und Handelsmetropole am Mittelmeer, gebracht.

Allwöchentlich fordern 500 bis 1000 Einwanderer Aufnahme und Arbeit in Tel-Aviv. Beides erhalten sie prompt. Unaufhörlich dehnt die Stadt ihre neuen Häuserreihen über die Sandhügel aus, Unterkunft für die Ankömmlinge schaffend, und auch Arbeit gibt es für jede Hand, die zupacken will. Die Berufsumschichtung des jüdischen Großstädters, in Europa eine so komplizierte und langwierige Aufgabe, vollzieht sich dabei wesentlich leichter. Tel-Aviv, das rein jüdische Gemeinwesen, heute nicht mehr weit von der 100.000-Grenze entfernt, hat eine durchaus normale Berufsgliederung: 42,4% aller Tel-Aviver Erwerbstätigen arbeiten in Industrie und Handwerk, 20,2% im Handel, 5,1% im Verkehrswesen, 4,1% in Gärtnerei und Landwirtschaft, 12,2% in freien Berufen, 11,8% im öffentlichen Dienst, 2,2% als Hausangestellte.

Lebendiger noch als in allen statistischen Ziffern begegnet uns das Wunder der jüdischen Produktivierung selbst beim kürzesten Rundgang durch Tel-Aviv: Hier der Arbeiter auf dem Neubau, dort der Schmied in seiner Werkstatt, der Briefträger auf dem Bestellgang, das Wäschermädel mit dichtgefülltem Korbe, der gewandte Autobuschauffeur, der Verkehrsschutzmann auf der Straßenkreuzung, der stimmbegabte Zeitungsverkäufer, der lustige Schusterjunge — sie alle sind Juden, sind Tel-Aviver, stolz auf die Stadt, die in kaum 25 Jahren aus dem Dünensand emporwuchs, dort, wo nordwärts vom uralten Jaffa seit Jahrtausenden nur Wüstenei gewesen...

Heimatgefühl, so selten sonst in rasch aufgebauten Großstädten, wird dem Einwanderer in Tel-Aviv so bald zuteil, daß er sich nach drei Wochen schon gern zum »alten Jischuw« rechnet. Er preist den herrlichen Badestrand, die sauberen, freundlichen Straßen, die prächtigen Hallen, die zum Schauplatz der internationalen Levante-Messe 1934 bestimmt sind, und er kennt auch die kurze, doch inhaltsreiche Stadtgeschichte, von der 1909 erfolgten Gründung einer bescheidenen Villenkolonie auf dem Frühlingshügel, »Tel-Aviv«, und von der Drangsal der Kriegsjahre bis zu den entscheidenden Alijah-Terminen: 1919 (Einzug der zionsbegeisterten Nachkriegsjugend), 1920 (Flüchtlinge aus der Ukraine), 1921 (Uebersiedlung der Jaffaer Juden nach den dortigen Unruhen), 1925 (große polnische Alijah) und heute, 1933, die deutsche Alijah!

Einem so einzigartigen Phänomen wie dieser jüdischen Kolonialstadt Tel-Aviv wird es natürlich, wie an Bewunderern, so auch an Kritikern nicht fehlen. Kaum vermeidliche Folgen des rapiden Wachstums sind Uebertreibungen der Grundstücks- und Häuserpreise, hohe Mieten, Stockungen der Wasserversorgung, Lärm- und Staubplage in einzelnen vom Verkehr überlasteten Straßen. Eines indessen, was heute europäische Bevölkerungs- und Sozialstatistiker recht besorgt auf manche Großstadt blicken läßt, kann man Tel-Aviv nicht vorwerfen, Dekadenz! Nein, das jüdische Wunder am Mittelmeer zeugt, populationistisch betrachtet, offenkundig von gesunder Volkskraft, die scharf mit den Schrumpfungserscheinungen im Bevölkerungsaufbau mancher jüdischen Gemeinschaften in Mittel- und Westeuropa kontrastiert. Tel-Aviv ist sogar noch fruchtbarer als das von den Statistikern so gerühmte Polen und übertrifft bei weitem die Durchschnitsziffer West- und Mitteleuropas.

Jahressumme (pro 1.000 Einwohner):

	der Geburten:	der Sterbefälle;	des Geburtenüberschusses:
in Tel-Aviv:	39	13	26
dagegen			
in Polen:	30	16	14
in der Schweiz:	17	12	5
in England:	16	12	4
in Frankreich:	17	16	1

Im besonderen darf Tel-Aviv darauf hinweisen, daß es durch umfassende Sozialhygiene die Säuglingssterblichkeit auf 74,7 (jährlich pro 1.000 Lebendgeborene) hat reduzieren können, was rund dem englischen Standard entspricht und in einem subtropischen Lande eine erstaunliche Leistung der Volksgesundheitspflege darstellt. Dem werdenden jüdischen Palästina ist die Freude am Kinde, am gesunden, kräftigen, zahlreichen Nachwuchse eine Selbstverständlichkeit.

Obwohl die Schulpflicht in Palästina von der englischen Mandatarmacht bisher nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, erscheint sie in Tel-Aviv praktisch durchgeführt. Rund 20.000 Schulkinder zählt man heute. Die Schule ist hier mit dem Leben eng verbunden. Handfertigkeitsunterricht ist ihr genau so wichtig wie Literaturkunde; Bücherwissen und Lebenstüchtigkeit sind ins richtige Verhältnis zueinander gebracht. Vielleicht eben deshalb begegnet uns in dieser Stadt das nicht Alltägliche, daß an Vorgängen geistiger und künstlerischer Natur nicht bloß eine kleine Intellektuellenschicht teilnimmt, sondern auch der weiteste Kreis der werktätigen Bevölkerung. Die Stadtbibliothek zählt 20.000, die Arbeiter-Zentralbibliothek 75.000 Bände. Schauspiel und Oper, Konzerte und Vorträge haben stets dankbares Publikum, und als vor kurzem »Rigoletto« im Opernhaus an der Allenby-Straße neueinstudiert herauskam, hörte man tags darauf auf allen Neubauten muntere Maurer und Zimmerleute die Melodien Verdis pfeifen. Und die Künstler gestehen, daß der ehrliche Applaus schwieliger Arbeitshände sie in besonderem Maße begeistert. Noch eine Tel-Aviver Kultur-Meßziffer: 72% aller neuen Bücher Palästinas erscheinen in Tel-Aviv, dem Sitze der führenden hebräischen Verlage unserer Zeit.

Bürgermeister Dizengoff, der mit seinen mehr als 70 Jahren auch heute das von ihm geschaffene Gemeinwesen energisch und weitblickend führt, hat ins Wappen der Stadt den Trostspruch des Propheten gesetzt: »Ich werde dich bauen und du wirst erbaut sein!« Das erleben heute in innerster Wirklichkeit Tausende, denen das gastliche Tel-Aviv Obdach, Arbeit und stolzes Bürgerrecht gewährt.

Dr. J. Adler (Tel-Aviv).

Die jüdische Hilfskonferenz in London

London, 2. November. Die jüdische Hilfskonferenz in London hat in ihrer am 1. November abgehaltenen Schlußsitzung die Einsetzung eines aus den Vertretern der 45 Organisationen, die die Konferenz beschickt haben, zu bildenden Großen Rats für Hilfe und Aufbau beschlossen. Außerdem wird ein Vollzugsausschuß eingesetzt, dem Vertreter der Jewish Agency for Palestine sowie der Organisationen angehören werden, die die Konferenz einberufen haben, nämlich des Joint Foreign Committee, der Alliance Israelite Universelle, des American Jewish Congress, des American Jewish Committee und des Comité des Délégations Juives. In London wird ein Hauptbüro eröffnet, das die Aufgabe haben soll, alle zur Erleichterung der Lage der deutschen Juden bestimmten Pläne zu prüfen und eigene Vorschläge für Hilfe und Aufbau auszuarbeiten.

In der von der Vollversammlung der Konferenz einstimmig gefaßten Resolution betreffend die Einsetzung des Großen Rats und des Vollzugsausschusses heißt es, daß es den einzelnen Länderkomitees freistehen soll, die bei ihnen einfließenden Gelder ganz oder zum Teil dem Vollzugsausschuß zu überweisen. Diejenigen Komitees, die eine Zentralisierung der Geldverteilung nicht wünschen, werden aufgefordert, vor der Festsetzung von Zuwendungen den Rat des Vollzugsausschusses einzuholen und Ratschläge dieses Ausschusses betreffend ihre finanzielle Beteiligung an der Durchführung bestimmter von ihm empfohlener Aktionen zu berücksichtigen. Zum Zweck der so angestrebten Koordinierung sollen die Länderkomitees dem Vollzugsausschuß über ihre Maßnahmen zur Geldaufbringung, den jeweiligen Stand ihrer Finanzen und die Art der Verwendung der von ihnen gesammelten Gelder, auf dem laufenden halten.

Die Konferenz hat ferner beschlossen, a) daß der Große Rat aus Vertretern aller an der Konferenz teilnehmenden Organisationen bestehe und das Recht der Kooptierung erhalten soll; b) daß der Vollzugsausschuß aus Vertretern der Einberufer der Konferenz gemeinsam mit Vertretern der Jewish Agency gebildet werden soll; c) das die Organisationen, die die Konferenz einberufen haben, den endgiltigen Aufgabenkreis des großen Rats und des Vollzugsausschusses festsetzen sollen.

Auf Grund eines Vorschlages des Unterkomitees hat die Hilfskonferenz die Schaffung eines Verbin-

MITTEILUNGEN

des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten.

Im Auftrage des Kommissariates für Oesterreich wurde ein aus 50 Mitgliedern bestehender Revisionistenrat gebildet. Die feierliche Eröffnungskonferenz findet Samstag, den 18. November d. J. statt.

Programm der Tagung:

Samstag, den 18. November: 1) Eröffnung.

2) Die politische Situation im Zionismus und die revisionistische Petitionsbewegung. Referent: Dr. Wolfgang von Weisl.

3) Das Judenproblem in Deutschland und dessen Konsequenzen. Referent: Dr. Norbert Hoffmann.

4) Das Martyrium der nationalen Arbeiterschaft in Palästina. Referent: Isidor Goldstein-Moll.

Sonntag, den 19. November: 1) Oesterr.-Jüdische Probleme; unsere Stellung in der Kultusgemeinde. Referent: Siegfried Graubart.

2) Debatte.

3) Resolutionen und Abstimmung.

Die Eröffnungs-Sitzung am 18. November ist zugänglich für Mitglieder und die von ihnen eingeführten Freunde.

Die zweite Sitzung (Sonntag vormittag) ist vertraulich und nur für die Mitglieder des Revisionistenrates zugänglich.

Ort der Tagung wird separat angegeben.

dungsamtes beschlossen, das einen dauernden Kontakt zwischen den einzelnen Organisationen ermöglichen soll.

Die Konferenz faßte einstimmig den Beschluß, der englischen Regierung vorzuschlagen, sie möge Viscount Cecil of Chelvood einladen, als Vertreter der englischen Regierung in den Verwaltungsrat der vom Völkerbund initiierten internationalen Hilfsaktion für die Emigranten aus Deutschland einzutreten.

Ferner wurden die jüdischen Verbände und Gemeinschaften aller Länder aufgefordert, mit dem vom Völkerbund eingesetzten Oberkommissar für Emigrantenhilfe zusammenzuarbeiten.

Palästina-Resolution

Die überragende Rolle, die Palästina im gesamten Hilfswerk für die deutschen Juden zu spielen berufen ist, wurde von der Konferenz besonders betont. Die bezügliche Resolution lautet:

»Diese aus Vertretern jüdischer Gemeinschaften in allen Teilen der Welt bestehende Konferenz gibt ihrer Ansicht Ausdruck, daß Palästina unter den Ländern, die von jüdischen Auswanderern aus Deutschland für die Möglichkeit dauernder Niederlassung und Absorption in Betracht gezogen werden können, einen hervorragenden Platz einnimmt. Die Konferenz bedauert die betrüblichen Ereignisse, die jüngst den Frieden Palästinas gestört haben, sowie die Verluste an Menschenleben und die Fälle von Verletzungen, die sie im Gefolge hatten. Die Konferenz nimmt die Erklärung des Kolonienministers zur Kenntnis und gibt ihrer Meinung damit Ausdruck, daß die Fortsetzung der sich gegenwärtig in Palästina vollziehenden bemerkenswerten Entwicklung im Interesse von Juden und Arabern liegen wird. Die Konferenz hofft, daß die Mandatarmacht alles mögliche tun wird, um einer größtmöglichen Zahl von Juden aus Deutschland die Niederlassung in Palästina zu ermöglichen.«

Ueber den Gesamtbetrag, der in dem an die jüdische Welt zu erlassenden Aufruf gefordert werden soll, und über den Anteil, der vom gesamten Hilfsfonds für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina bestimmt werden soll, wurden engiltige Beschlüsse noch nicht gefaßt.

*

Die Emigrantenkommission empfahl der Konferenz, eine kleine ständige Kommission für Wanderungsfragen einzusetzen. Der Sitz der Kommission, an deren Spitze ein Engländer stehen und in der die vereinigte Organisation für Wandererfürsorge Hias-Ica-Emigdirect (HICEM) vertreten sein soll, soll London sein. Diese Kommission soll sich mit der Auswanderung jüdischer Emigranten aus Deutschland nach denjenigen Ländern, die nicht an Deutschland grenzen, befassen und alle diesbezüglichen Pläne prüfen. Sie soll eine Untersuchung über Einwanderungsmöglichkeiten in alle in Betracht kommenden Länder durchführen. Alle für Auswanderung bestimmten Gelder, die durch die Bemühungen der Konferenz aufgebracht werden, sollen dieser Kommission zur Verfügung gestellt werden, die über ihre Verwendung entscheiden wird.

Das Verbindungsamt, dessen Schaffung die Welthilfskonferenz beschlossen hat, und in dem Dr. Weizmann eine führende Rolle spielen soll, wird auch die Aufgabe haben, den Kontakt mit dem vom Völkerbund eingesetzten Emigrantenkommissar und seinem Beirat aufrechtzuerhalten. Es wurde beschlossen, an das Völkerbundssekretariat mit dem Vorschlag heranzutreten, acht jüdische Delegierte zum Eintritt in den Verwaltungrat des Emigrantenhilfswerks einzuladen. Die jüdische Vertretung soll aus je einem Repräsentanten des American Jewish Congress, des American Jewish Committee, der Judenheit Polens, der Jewish Agency, des Joint Foreign Committee, der Alliance Israelite Universelle, der Ica und des Comité des Délégation Juives bestehen.

Revisionistisches Massenmeeting in Wien

Die Ereignisse der letzten Tage in Palästina, die Kundgebungen der Araber gegen die jüdische Einwanderung und das Verhalten Englands in der Zertifikatenfrage hatten den revisionistischen Landesverband Oesterreichs veranlaßt, in einer großen Versammlung, die letzten Montag stattfand, vor die breite jüdische Oeffentlichkeit zu treten. Hunderte waren der Einladung gefolgt, im Festsaal des Hotel Continental standen die Zuhörer Kopf an Kopf, so daß die Veranstalter bald gezwungen waren den Saal zu sperren.

Der erste Redner des Abends, der Führer des Betar I. Goldstein, behandelte die Zertifikatenschande. Anstatt der geforderten 24.000 Zertifikate hat, führte der Redner aus, die Palästina-Regierung 5.500 Zertifikate bewilligt, von denen aber 2.000 Einreiseerlaubnisse, die für deutsche Juden bereit ausgegeben wurden, wegfallen, ebenso 500 weitere Zertifikate, die für die illegale Einwanderung zurückbehalten werden, so daß sage und schreibe nur 2.000 Zertifikate für ein volles halbes Jahr bewilligt wurden. Angesichts der Not und der fürchterlichen Lage von 500.000 deutschen Juden, angesichts der tausenden Gesuche um Einreiseerlaubnis nach Palästina, die sich in den Palästinaämtern der verschiedenen Länder häufen, stellt diese Handvoll Zertifikate ein Nichts dar, wirkt beinahe wie Verhöhnung der Notlage des jüdischen Volkes. Und diese Beschränkungen fallen in eine Zeit der anhaltenden wirtschaftlichen Blüte Palästinas, in eine Zeit des Mangels an jüdischen Arbeitern. Jetzt ist die Zeit gekommen, das unheilvolle Zertifikatensystem zu zertrümmern. Die zionistischen Führer dürfen die von England jetzt gebotenen Zertifikate nicht annehmen. Die Ablehnung muß den Auftakt zum entscheidenden Kampf in der Einwanderungsfrage bilden. Unter stürmischen Beifallskundgebungen verlas der Redner die Proklamation der Exekutive der revisionistischen Weltunion und des Shilton Betar, in welcher die Verzichtleistung des Revisionismus auf seinen Anteil an diesen Zertifikaten erklärt wird und die zionistischen Parteien aufgefordert werden, sich diesem Akt der revisionistischen Bewegung anzuschließen.

Rede Wolfgang Weisls

Stürmisch begrüßt, ergriff so dann Dr. Wolfgang v. Weisl das Wort, um in großangelegter Rede die Ereignisse in Palästina zu analysieren. Weisl zeigte die Zusammenhänge, die zwischen den arabischen Hetzern und dem Nationalsozialismus bestehen. Englands Stellung im Orient soll erschüttert werden. Daher ist auch die palästinensische Polizei mit einer bis nun unbekannten Schärfe gegen die Araber vorgagangen. Unsere politische Stellung wäre günstig, wenn wir es verstünden, Politik zu machen, die für uns günstige Stimmung auszunützen. Wir müßten England zeigen, welche Kraft wir im Kampfe gegen die ihm drohende Gefahr darstellen.

Weisl unterzog das Verhalten der Zionistenkongresse in der Frage der deutschen Juden einer vernichtenden Kritik, um dann die großen Perspektiven einer richtig angewandten zionistischen Politik zu zeichnen. England muß erkennen, daß es im jüdischen Volk einen mächtigen und verläßlichen Bundesgenossen habe. Der Revisionismus wird die politische Kraft des jüdischen Volkes organisieren, um einen dem arabischen zumindest die Waage haltenden Druck auf England ausüben zu können.

Die Petitionsbewegung Jabotinskys ist eine der revisionistischen politischen Methoden. Nicht auf die Zahl der Unterschriften komme es hiebei an, sondern auf die Bewegung, die durch die Petition erzeugt wird. Die Juden jedes Landes, die auswanderungswillig sind, werden sich an die Regierung ihres Landes wenden und von ihr verlangen, daß sie von der englischen Regierung Einreisemöglichkeiten nach Palästina erwirke. Die revisionistische Weltunion wird zu diesem Zwecke alle auswanderungswilligen Juden in einem Auswanderer-Weltverband organisieren.

Die mit hinreißender Rethorik vorgetragene Rede Wolfgang Weisls wurde mit stürmischen Ovationen aufgenommen.

Die eindrucksvolle Kundgebung schloß mit der Absingung der Tikwah.

E. W.

VERSAMMLUNGSKALENDER

des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten.

Montag, den 13. November: Die Not der nationalen Arbeiterschaft in Palästina! Referenten: P. Haller, I. Goldstein-Moll, Dr. E. Schächter. Ort: Café Produktenbörse, II. Taborstraße.

Mittwoch, den 15. November 8 Uhr abends: Zionismus, Palästina, Revisionismus. Referenten: Dr. Szurmay, I. Goldstein-Moll. Ort: Festsaal des Hotel Hietzingerhof, Wien XIII.

Donnerstag, den 16. November 8 Uhr abends: Judenvolk in Not. Referenten: Dr. D. Bukspan, Dr. W. Perl. Ort: Café »Lovrana«, III. Löwengasse 36.

Bund jüdischer Frontsoldaten

Der »Bund jüdischer Frontsoldaten Oesterreichs«, Bezirksgruppe Brigittenau, wird in nächster Zeit im dortigen Bezirkstempel eine Ehrentafel zum Andenken an die gefallenen Soldaten des Weltkrieges anbringen lassen.

Die Hinterbliebenen nach gefallenen Brigittenauern werden deshalb ersucht, sich mit entsprechenden Ausweisen in der Tempelkanzlei, XX., Kluckygasse 11, an Wochentagen von 3—5 Uhr nachmittags einzufinden.

Jüdischer Hochschulausschuss

Die Anfängerkurse für Hebräisch haben im Jüdischen Hochschulausschuß, IX., Alserstr. 26, begonnen und finden jeden Montag von 6—8 Uhr abends statt. Neuanmeldungen: Montag um 8 Uhr abends, sowohl für Anfänger als auch für Vorgeschrittene.

»Erinnerungen aus meinem Leben von Dr. Josef Bloch«.

Bloch, einer der bedeutendsten Juden Oestrreichs des vergangenen Jahrhunderts hat jahrzehntelang durch seine sensationellen Reden im österreichischen Reichsrat eine ganze Welt in Spannung gehalten. Nicht ohne Grund wurde er als ein Mann mit seltenem staatsmännischen Blick, als der »jüdische Metternich« und der »österreichische Cremieux« bezeichnet. In den Erinnerungen spiegelt sich getreu die Persönlichkeit Blochs. Sie sind für jeden, historisch interessierten jüdischen Leser unentbehrlich.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs, Wien, 9., Berggasse 16, für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10 — Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21 Telephon Nr. A-16-1-14